

Die Zeitungen

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen

Im 8000. Heft
die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Morgen-Ausgabe

Jahrg. 217 Nr. 70/115

Bezugspreis: vom 1.-16. 5. 1.20 Schwaner. — Bestellungen nehmen sämtlich die Postämter, Briefträger und unter Aufsichtnahme entgegen. — Früher Spezial erobert den Verlag von Schwaner, 781.

Halle - Saale
Donnerstag, 15. Mai 1924

Anzeigenpreis: Die 8 Spalten 84 mm breit mm-Spaltenhöhe 10 Pfennig. Kleinanzeigen 6 Pfennig. Familien-Anzeigen 4 Pfennig. Zeitungsdruck: Die 3 Spalten 90 mm breit mm-Spaltenhöhe 10 Pfennig. Rabatt nach Carr. Zeitungsdruck Halle-Saale.

Deutschnationale Offensive gegen die Regierung

Gegenzüge in der deutschen Volkspartei

Die Aufforderung zum Rücktritt

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 14. Mai.
Die deutschnationale Parteileitung wird erneut zu einer wichtigen Beratung über die politische Lage und über die von der Partei zu sendenden Entschlüsse zusammenzutreten. Im Mittelpunkt der Beratung dürfte die Frage der Stellungnahme zu der gegenwärtigen Regierung stehen, die entgegen dem ursprünglichen Willen der Partei weiter im Amt zu bleiben gedenkt und, obwohl ihre letzte Befugnisse nicht mehr zureichen, weitere entscheidende Beschlüsse über Maßnahmen im- und ausenpolitischer Art, insbesondere bezüglich der Expertenberichte, fällen wird. Die deutschnationale Parteileitung wird sich zu einer entschiedenen Aufforderung an die Regierung entschließen, endlich ihre Demission zu erklären und sich jeder Weiterführung schwerwiegender oder wichtiger Verhandlungen über das Sachverständigengutachten und die Lösung schwerer Fragen zu enthalten.

der deutschen Gesamtfragen. Er erklärte, daß es unmöglich sei, in den kommenden Verhandlungen die politischen von den wirtschaftlichen Fragen zu trennen. Es sei also eine unwirtschaftliche Verdrängung, dem Vorhaben der Deutschnationalen Partei aus seiner Verpflichtung, daß wir dem Sachverständigengutachten nicht nur zustimmen, ein solches Amtsansehen entgegenzusetzen, den Vorwurf des Unwillens zu machen. Es bleibt aber bei einem grundsätzlichen Interdikt zwischen der Minorität der Deutschnationalen und der bisherigen Regierung. Da sich das Reichsamt März-Strömann durch seine Note an die Reichspräsidentenkommission vom 14. April bereits schuldig gemacht hätte, würden die Unterhändler dieses Kabinetts also mit gebundenen Händen und leeren Taschen an den Verhandlungstisch kommen. Wörtlich heißt es dann weiter: „Das wird ebenfalls als Gegenstück für Beschlüsse an Deutschland zu geben hätten, haben sie ja im voraus festgelegt.“ Sie waren auf die Großmut unserer Gegner angewiesen. Eine deutschnationale Regierung ist frei von solchen Bindungen.“ Zum Schluß heißt es: „In der parteipolitischen Lage haben durch fünf Jahre den Zeitungsdruck fortgesetzt. Die Partei, wie man unsere Gegner im Ausland geradezu anreizt, einer deutschnationalen Regierung nur ein feines Geringfügiges zu leisten, genau haben sie sich überbietet. Auch im Ausland diskutiert man über eine Anbahnungsvorbereitung zum Sachverständigengutachten. Der Verfasser glaubt zu wissen, daß die erkrankten Politiker der ganzen Welt das größte Interesse daran haben, zu einer Lösung der deutschen Frage zu kommen, die möglichst rasch und verlässlich und nicht sofort den Keim neuer Konflikte in sich trägt.“

Künftige französisch-Regierung und Sachverständigengutachten

Paris, 14. Mai.
Der „Gazette“ veröffentlicht eine Unterredung seines diplomatischen Beraters mit dem Führer der Sozialisten Jean Blum. Blum erklärte, Frankreich sei jetzt entschlossen, das Sachverständigengutachten in die Tat umzusetzen, und er sei weiter der festen Überzeugung, daß sich im deutschen Reichstag eine Mehrheit gegen die Vertiefung des Sachverständigengutachtens ergebe. Die Deutschnationalen könnten es nicht unternehmen, gegen die Beschlüsse der Sachverständigen zu regieren, da die allgemeine öffentliche Meinung Europas auf das Problem der Expertenberichte gelehrt habe. Die deutsche Sozialdemokratie werde alles tun, was in ihren Kräften liege, um den Reichstag zur Annahme des Gutachtens zu bewegen. Zum Schluß erklärte Jean Blum, die Deutschnationalen würden den schwersten Irrtum begehen, wenn sie annehmen wollten, daß die Bildung einer neuen deutschen und sozialistischen Mehrheit in der französischen Kammer ihnen den Vorwand an die Hand gebe, das Programm der Sachverständigen zu bekämpfen, oder den Verhandlungen zu entgegen.

Deutschnationale Erfüllungspolitik

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 14. Mai.
Unter obiger Überschrift veröffentlicht das Mitglied des preussischen Landtages, Herr von Vincke, in der heutigen „Landeszeitung“ den „Luz“ einen Artikel, in dem er sich zunächst äußert, daß man die Deutschnationalen dem Ausland als unmögliche Verhandlungspartner schreibe, demzufolge aber als Vorbildung an den Verhandlungen der Reichspräsidentenkommission. Diefem Zweck würde insbesondere das Interview dienen, das Staatsminister Dertel vor einigen Tagen dem „Berliner Lokalanzeiger“ erteilt hat. Man soll aus den Äußerungen von Excellenz Dertel zur Frage der Stellung der Partei zum Sachverständigengutachten einen Irrtum herausfinden. Diese Behauptungen beruhen aber die Gefahr einer Zerschlagung des Bundes in sich, deren Folgen Deutschland einmal bei den nächsthergekommenen Verhandlungen zu tragen habe. Der Verfasser dieser Zeilen hat noch einmal die von Dertel Dertel bezüglich der Frage der Haltung der Deutschnationalen aufgestellten Sätze, heißt die von Dertel Dertel gemachten Behauptungen hervor und schreibt: Wer ihm daraus einen Vorwurf machen will, seine zu überlegen, daß der Vorgang der aus dem Wahlkampf hervorgegangenen Regierung nicht seinen Äußerungen nicht zu erklären. In der Partei ist der Streit im Auge haben hätte, sondern haben denken muß, daß er sein politischer Freund beistehen kann. In Verhandlungstisch mit unseren Gegnern gehen zu werden und das mehr als unklar wäre, jetzt haben die Maßnahmen aufzuheben, insofern besten in einzelnen ein Engagement zu erlangen. Herr Staatsminister Dertel sprach ausdrücklich von einer befriedigenden Lösung

Die Fraktionsbildung der Deutschen Volkspartei

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 14. Mai.
Die Deutsche Volkspartei ist die erste, die ihre Fraktion bereits gebildet und auch am Mittwoch eine Fraktionsungung abgehalten hat. Die Verhandlungen fanden unter dem Vorsitz des bisherigen Vorsitzenden Dr. Scholz statt. Dr. Stresemann gab ein eingehendes Bild der politischen Lage, wie sie nach seiner Auffassung sich darstellt. Innerhalb der Partei befinden sich trotz des Aufstrebens des national-liberalen Flügel immer noch starke gegensätzliche Strömungen, weil ein großer Teil der Fraktionsmitglieder unter Berufung auf die Partei im Wahlkampf für die Bildung einer schwarz-weiß-roten Regierung eintrat, während der Parteimitglieder Dr. Stresemann offenbar nach wie vor einen Blick der Mitte zugewandt und gewillt ist, für ein Zusammengehen mit der Rechten Bedingungen aufzustellen, die unter keinen Umständen von den Deutschnationalen erfüllt werden können. Es scheint, als ob in dieser Fraktionsungung der Gedanke, sich mit den Demokraten zu verschmelzen, noch nicht erwecken worden ist.

Die Schwierigkeiten der Regiergungsbildung in Frankreich

Paris, 14. Mai.
Wenn die Sozialisten sich bereit erklären, an der Bildung des neuen Kabinetts mitzuwirken und sie das Budget bewilligen, was sie bisher ständig ablehnten, so würde die neue Mehrheit das Lager des links-rechts umfassen, so dem ohne Zweifel noch einige links-republikanische Jungtürken würden. Es muß jedoch daran erinnert werden, daß Dertel im Namen der Deutschnationalen Partei und Jean Blum seitens der Sozialisten förmlich erklärt, daß die Bildung eines Wahlfortfalls keineswegs beide Parteien für die Zukunft verpflichtet, und daß eine neue Partei nach dem Wahlen ihre Handlungsfreiheit und Selbständigkeit zurückverlangen würde. Es wäre verfehlt, über die Haltung der Sozialisten jetzt schon irgendwelche bestimmten Angaben machen zu wollen. Nach dem „Gazette“ verlangen die Sozialisten für den Fall, daß sie in die Regierung eintreten, nicht weniger als die nachstehenden drei Portefeuille: Ministerium des Innern, Finanzministerium und Ministerium des Auswärtigen. Diese Forderung ist von dem Führer der Sozialistischen Partei, Blum, formuliert worden. Das Blatt hält es jedoch für unwahrscheinlich, daß die Sozialisten auf ihren Forderungen, so dem Beschluß gelangen, sich an der Bildung des Kabinetts zu beteiligen. Es dürfen, bevor die Sozialisten aus ihrer abwartenden Haltung herausretten, vermutlich ungefähr 10 Wochen bedürfen. „Gazette“ glaubt weiter zu wissen, daß wenn Blum die Kabinettsbildung nicht übernimmt, dann Blum damit beauftragt werden würde.

Macdonald über die Sachverständigen-gutachten

London, 14. Mai.
Ministerpräsident Macdonald gab gestern in einer großen öffentlichen Rede, die er in einer Konferenz von Parlamentariern hielt, bedeutende Erklärungen über die Sachverständigen-Gutachten ab. Es sei heute das dringende Problem, das die englische Regierung beschäftigt, die Sachverständigen-Gutachten in die Tat umzusetzen. Es gebe zwar in dem Bericht oder vielmehr in den Berichten einige Dinge, die ihn, Macdonald, nicht besonders gefielen, aber wo sollte man sich wundern, wenn man sich jetzt daran macht, jede einzelne Linie und jeden einzelnen Punkt dieser Berichte eingehender zu überprüfen? Er sei der Ansicht, daß die Regierung das einzige Richtige getan habe, als sie nicht nach der ersten vierwöchentlichen Prüfung der Welt angesichts habe, die Sachverständigen-Gutachten müßten an hohe bewirkt werden, wodurch diese Europa wieder zu einem geordneten werden. Jeder Deutschland, das Frankreich über Italien, Belgien und England selbst können sich fordern, daß jedes Detail des Berichtes geprüft werden müßte. Die Berichte seien ein großes Verhängnis. Wenn bei ihrer Ausführung sich Schwierigkeiten ergäben, könnte man diese immer noch mit vernünftigen Verhandlungen beseitigen. Er wisse heute alle beteiligten Staaten bitten, so wie England die Berichte ohne Vorbehalt anzunehmen und alles in ihren Kräften Strebende zu tun, um die Bedingungen und Bestimmungen der Gutachten zu erfüllen, damit man sehe, daß in der Welt nach das Recht herrsche.

Die Resolution Baldwin's abgelehnt

(Eigener Drahtbericht.)
London, 14. Mai.
Am Unterhaus wurde gestern gegen die Resolution Baldwin's mit 317 gegen 252 Stimmen abgelehnt. Damit bleibt

Italien und die französischen Wahlen

Rom, 14. Mai.
Die Wirkung des überaus hohen Wahlergebnisses der Wahlen in Frankreich wird hier so hoch eingeschätzt, daß Mussolini seine Kampfbühne durch sofort abzurufen und sofort nach zwei Rom zurückzukehren. Infolge der Abwesenheit Mussolinis und seines Kabinetts sind unterdessen alle dem Außenamt launigen Verhandlungen zu erhalten, jedoch herrscht in politischen Kreisen der Eindruck vor, daß die Annäherung Frankreichs an die Labourregierung Englands, sowie die Rückkehr Frankreichs zur Verhandlungspolitik möglich wird, die Brian Anfang des Jahres 1921 in Cannes abgeschlossen mußte. Dieser Ansicht ist auch Graf Sforza, der als ehemaliger Außenminister und Pariser Botschafter Frankreichs. Sforza meint, Frankreich habe durch die schäanderste Nichtbeachtung der Bedeutung der deutschen Wahlen den Beweis politischer Reife gegeben. Nachdem die Worte der Franzosen im Wahlergebnis gestellt sei, könne Frankreich die unruhige Politik der Welt wieder aufgeben und seine westliche Politik verfolgen, anstatt sofortige Gewinne einzuflecken zu wollen, während sich in Deutschland eine Regierung vernünftiger Erfüllungspolitik bilden könnte. Auch hingen die italienischen Interessen zusammen mit der Verhandlung Europas. „Gazette“ weist darauf hin, daß die Annäherung zur Sozialistischen Partei Europas sei und daß sich Italien nach Mussolinis eigenen Versicherungen gern anschließen würde.

Der Feldzug gegen Millerand

Paris, 14. Mai.
(Von unserer eigenen Berichterstatter.)
Es ist anzunehmen, daß die Wähler der Linkspartei ihren Feldzug gegen Millerand fortsetzen werden. Es heißt, daß in den Kreisen der Linkspartei immer mehr Stimmung dafür gemacht wird, daß entweder der Senatpräsident Gaston Doumergue oder Rainier de Saint-James den jehenen Reichstagen der Republik Millerand im Stille ablassen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192405152-15/fragment/page=0001

